

# Deutsches Krisenmanagement

## Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus

PHILIPP LENHARD

Die Krise hat noch weit größere Dimensionen als jene, die dem Anschlag auf die Zwillingstürme und ihrem Einsturz vor sieben Jahren folgte. Denn der Angriff auf uramerikanische Glaubenssätze ist dieses Mal nicht das Werk äußerer Feinde. Er kommt von innen, aus den Tiefen des Systems. Der amerikanische Kapitalismus brachte, weitgehend unbedrängt von staatlicher Kontrolle, seine eigenen Selbstmordattentäter hervor, deren Sprengsätze, die Derivate, noch die Wirkung der fliegenden Bomben der Dschihadisten übertreffen.“ Der Kapitalismuskritiker, der mit diesen Sätzen die aktuelle Finanzkrise kommentierte, heißt nicht Robert Kurz und er steht auch nicht in Lohn und Brot beim *Neuen Deutschland*, sondern er ist Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Was ist passiert, wenn ein Berthold Kohler sich in der Sache einig ist mit dem Großdenker der fundamentalen Wertabspaltungskritik, wenn Wolfgang Thierse, Angela Merkel und Oskar Lafontaine zeitgleich den großen Satan jenseits des Atlantiks anprangern? Ganz einfach. Die Weltwirtschaft steckt in der Krise und dafür muss ein Sündenbock gefunden, soll nicht das Kapitalverhältnis selbst in Frage gestellt werden. Helmut Schmidt brachte dies in der Zeit vom 25. September – die ja mit dem Slogan „Zivilisiert den Kapitalismus!“ getitelt hatte – auf den Punkt: „Die Schuldigen sitzen in New York.“ Auch Angela Merkel sieht die Schuldigen in den „Regierungen in Großbritannien und in den USA“, die sich partout geweigert hätten, in einem ihrer Ansicht nach erforderlichen Maße in die Finanzmärkte

eingzugreifen (*Tagesschau*, 20.09.08).

### Eine Krise ist eine Krise

Aber was ist eigentlich passiert? Haben Merkel und Co. nicht Recht, wenn sie behaupten, die US-Regierung habe zu nachlässig gehandelt? Wohl kaum, denn die gigantischen Kapitalien, die da in Form von Wertpapieren und Krediten hin und her geschoben werden, werden nicht dadurch wohlthätiger, dass ein Staat die Finanzströme in ein klar abgestecktes Flussbett zwingt. Der Zweck des Kapitals ist seine Verwertung, nicht das Wohl der Menschheit. Versucht man es für letzteres einzuspannen, scheitert man früher oder später zwangsläufig an der Logik des Wertgesetzes und kann sich – weil man ganz und gar blind für das Wesen des Kapitals ist – dieses Scheitern nur noch als Resultat einer von finsternen Mächten ausgeklügelten Verschwörung erklären. Soviel zum Einmaleins der Kapitalismuskritik, die jeder bei Marx in entfalteter Form nachlesen könnte. Dass aber nicht nur Antikapitalisten vom Schlage Lafontaine oder Müntefering den „ungezügelter Kapitalismus“ geißeln, sondern plötzlich auch Verfechter eines verbal staatsfeindlichen Wirtschaftsliberalismus, ist eine Entwicklung, die in der Logik des Kapitals selber ihren Grund hat. Die Produktion von Krisen ist schließlich dem Kapitalismus immanent und schon immer haben die Kapitalisten und ihre Propagandisten den Staat um Hilfe gebeten, wenn es gerade nicht gut lief. Schon lange gibt es – trotz anders lautender Gerüchte – keine Marktradikalen mehr, sondern nur noch Liberale, die

die Intervention des Staates auf eben jene Notsituationen beschränken wollen, von denen jetzt eine besonders drastische eingetreten ist.

Weil der Gebrauchswert in einer kapitalistischen Gesellschaft nur ein für die Verwertung von Wert notwendiges Übel darstellt, eine lästige Hülle, die das prozessierende „Gedankending“ Wert nicht abstreifen kann, hat sich das Kapital in Zeiten der chronischen Überproduktion eine Sphäre geschaffen, die die Illusion der von Warenproduktion unabhängigen Akkumulation so lange real werden lässt, bis der Schwindel auffliegt und die verspekulierten Kapitalien sich in heiße Luft verwandeln – ein bloß „fiktives Kapital“, ähnlich den bunten Geldscheinen in einem Monopolyspiel. So lange das Spiel gut geht und niemand an den Spielregeln zweifelt, bietet die Spekulation auf zukünftige Gewinne und Verluste, auf Preissteigerungen und Warenknappheit die Möglichkeit, große Geldmengen um ein vielfaches zu vermehren und sie als – mit dem Vokabular des *Kapital* gesprochen –  $G'$  wieder in den Produktionsprozess einzuspeisen. Verspricht allerdings die Spekulation höhere Gewinne abzuwerfen als die Herstellung von Waren, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die vorhandenen Kapitalien zunehmend auf den Finanzmärkten verwettet werden statt in die Anschaffung von Produktionsmitteln zu fließen. Das in Wertpapieren und Derivaten angelegte Kapital kann zwar jederzeit aus der Finanz- in die Produktionssphäre zurückgeholt werden – allerdings nur dann, wenn es noch nicht verloren ist.

Nun ist es das besondere Charakteristikum dieser Krise, das zuerst das Bankensystem zu kollabieren droht. Das hat eine Kettenreaktion zur Folge, denn mit dem Bankrott geht der Konkurs all derjenigen einher, die ihr Geld auf dieser Bank deponiert haben. Die Banken sind in diese Lage gekommen, weil sie – von der Geldgier, die der subjektive Ausdruck eines objektiven Zwangs ist [1], getrieben – höchst risikobeladene Kredite in der Hoffnung auf hohe Rendite an Personen vergeben haben, die weitestgehend ohne irgendwelche Sicherheiten Immobilien kaufen oder bauen wollten, diese Kredite aber nicht zurückzahlen konnten als sich herausstellte, dass sich die von den Banken erhoffte Rendite dank der sinkenden Immobilienpreise nicht einstellen würde. Die Immobilienkredite, auf die in altbewährter Manier gerade wegen ihres hohen Risikos auch noch an der Börse in schwindelnden Höhen spekuliert wurde, stellten sich als faul heraus und lösten bei den Spekulanten Panik aus. Das Geld, das sie einzustreichen gedachten, löste sich vor ihren Augen auf und sie konnten nichts anderes tun als unter großen Verlusten ihre noch vorhandenen Gelder umzuschichten. Die Banken aber, die das Geld ihrer Kunden in Form von faulen Krediten verspielt haben, können – sobald eine nennenswerte Anzahl von Einzahlern ihnen das Geld entziehen will – es nicht mehr auszahlen. Mit anderen Worten: Sie sind pleite. Es ist nun der Staat, der hier auf den Plan tritt, um die Krise zu meistern. Der deutsche Staat etwa garantiert privaten Sparern, dass ihre Guthaben sicher seien, um zu verhindern, dass infolge der allgemeinen Panik weitere Banken entkapitalisiert werden. Weil aber die Banken sich aus nachvollziehbaren Gründen bemühen, ihr Geld beisammen zu halten, bis die Krise vorüber ist, vergeben sie auch keine Kredite mehr, womit größere Investitionen verunmöglichlicht werden. Der Bumerang-Effekt vergrößert die Krise noch, indem er sie auf den Bereich der Warenproduktion ausdehnt, wo ja auch ihr eigentlicher Ausgangspunkt gelegen hatte.

Zudem hat sich ein beträchtlicher Teil des Aktienkapitals als wertlos herausgestellt, also ebenfalls als bloß fiktives Kapital, das – weil es lediglich eine Spekulation auf einen Profit, der gar nicht eintrat, darstellt – nicht wertbildend eingesetzt werden kann. Die Inhaber dieser Aktien können deshalb mit ihren Wertpapieren nichts mehr anfangen, denn niemand will sie kaufen. Hinzu kommt, dass die großen Aktienhalter sich – basierend



*Zurück zu den Sachwerten:  
Michael Douglas in Wall Street*

auf ihrem Wertpapierbestand – auch noch ordentlich Kredite haben geben lassen, um noch mehr Aktien kaufen zu können. Sowohl die Banken, die die horrenden Kredite in der Hoffnung auf hohe Zinsen vergeben haben, als auch die Aktienhalter – große Unternehmen, die sich Anteile an Konkurrenten sichern wollten, Fondmanager und, gerade in den USA, private Investoren – stehen nun mit leeren Händen da und haben einen Teil ihrer Einlagen verloren. Das ist nicht nur für die jeweiligen Aktionäre bedauerlich, sondern kann eine weitere Kettenreaktion auslösen, die das Gesamtkapital aufgrund des Umfanges der plötzlichen Auflösung von vermeintlichen Werten nachhaltig schädigt. Die ersten Resultate wären ein schrumpfendes Wachstum, die Schließung von „Standorten“, ein damit verbundener Wegfall von Arbeitsplätzen sowie sinkende Steuereinnahmen.

Das 700-Milliarden-Dollar-Paket, das der US-Kongress jetzt doch noch [2] verabschiedet hat, um den Aktionären ihre wertlosen Papiere abzukaufen und für die Banken die Liquidität zu gewährleisten, damit sie ihre Gläubiger bezahlen können und nicht noch mehr Banken kollabieren, ist in seiner Größe einzigartig – andererseits soll man jedoch nicht so tun, als springe der Staat das erste Mal ein, um bestimmte Auswirkungen der Marktwirtschaft abzuwehren oder zu entschärfen. Was dieses Mal neu ist, ist die von den US-Demokraten erzwungene Bedingung, dass der Staat an künftigen Gewinnen der geretteten Unternehmen mitverdienen soll, um den in Mitleidschaft gezogenen öffentlichen Haushalt wieder zu entlasten. Damit macht sich ausgerechnet der amerikanische Souverän zum realen Gesamtkapitalisten und gibt den europäischen Antikapitalisten Recht, die ständig den gerechten Sozialstaat gegenüber dem hintertriebenen Heuschreckenkapital in Stellung bringen. Dass nun auch die viel zitierten Marktradikalen einräumen müssen, dass die unsichtbare Hand nicht alles regeln kann, ja dass es parallel dazu noch einer sichtbaren bedarf, freut die europäischen Anhänger des starken Staates. Für sie ist mit dieser Krise endgültig erwiesen, dass der Staat die Spekulanten an die Kandare nehmen muss.

## Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus

Das Bertold Kohlers „Dschihadisten“ von der Wall Street nicht sofort nach Guantanamo verschleppt und dort gefoltert werden, bis sie gestehen, die Welt in den Abgrund stürzen zu wollen, behagt den Freunden des gerechten Staates überhaupt nicht. Nur allzu deutlich wird in der Gleichsetzung eines antisemitischen Massenmordes mit einer gescheiterten Massenspekulation das Strafbedürfnis sichtbar. Zugleich nivelliert diese Gleichsetzung die Gewalt des radikalen Islam, in dem sie als harmlos gegenüber den

nichtswürdigen Handlungen der Spekulanten dargestellt wird. Schließlich wird der Antiamerikanismus bedient, indem die Sprachregelung des angeblichen „home grown terror“ – der Angriff komme „aus den Tiefen des Systems“ – aufgegriffen wird. Die eigentlichen Terroristen, so der Tenor, sind die Verbrecher an der Börse, skrupellose Fanatiker, die „uramerikanische Glaubenssätze“ vertreten. Dass die Spekulanten zwar tatsächlich geldgierig und ziemlich skrupellos sein mögen, weil derlei sozusagen zu den charakterlichen Grundvoraussetzungen dieser Branche gehört, aber niemand danach fragt, welche Funktion die Spekulation eigentlich für die herrschende Wirtschaftsform hat, zeigt, dass es sich bei den geifernden Denunziationen nicht um Kapitalismuskritik, sondern um einen Aufruf zur virtuellen Dämonenaustreibung handelt. Dass in Zeiten des Monopols die einzelnen Unternehmensgruppen oft nur dann erfolgreich bestehen können, wenn sie ihren Kapitalbestand beständig ins Astronomische steigern, liegt nicht an den Spekulanten, sondern in der inneren, auf Schrankenlosigkeit ausgerichteten Logik des Kapitals begründet. Die Spekulanten sind – wie der gewöhnliche Proletarier, nur komfortabler lebend – Rädchen im Getriebe des automatischen Subjekts, das seine Wirkungsmacht auf jeden noch so entfernten Bereich auszuweiten droht.

**H**aben die USA in den letzten Jahrzehnten als Motor des Kapitals agiert, indem sie den dank ihrer Hegemonialstellung und der damit verbundenen Kreditgarantie bedeutendsten Absatzmarkt für Waren aus aller Herren Länder darstellten, so werden umgekehrt alle Staaten auch mit in den Strudel der Finanzkrise gerissen, wenn Amerika wankt. Alles hängt mit allem zusammen. Jene scheinbare Banalität trifft auf eine Gesellschaft zu, die durch blind wütende soziale Naturgesetze zu einer Totalität geformt wird, welche jedem Ruf nach dem planerischen und ordnenden Staat spottet. Doch gäbe der Staat zu, dass er in Wirklichkeit gar nichts unter Kontrolle hat, so würde ihn diese Aussage nicht nur delegitimieren – es würde auch die Panik, und damit die Krise, verstärken. Deshalb soll der ohnehin verhasste und scheinbar om-

nipotente amerikanische Souverän geopfert werden, der sich von den guten Ratschlägen der Europäer nicht habe beeindruckt lassen und übermütig die Welt ins Chaos gestürzt habe. Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück bringt diese offizielle Regierungslinie folgendermaßen zum Ausdruck: „Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise“ (zitiert nach *junge Welt*, 26.09.08). Damit bediente er sich ebenfalls der schlechten Analogie zwischen Krise und Terroranschlag, die eben keineswegs zufällig schon auf das noch zu erbringende Opfer verweist. Und wie al Kaida im September 2001 sieht Steinbrück sieben Jahre später das große Ereignis als Anfang vom Ende amerikanischer Hegemonie: „Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren.“ Der Grund für diesen Positionsverlust ist laut Steinbrück in der „unverantwortlichen Überhöhung des ‚laissez-faire‘-Prinzips, also dem von staatlicher Regulierung möglichst vollständig befreiten Spiel der Marktkräfte im anglo-amerikanischen Finanzmarktssystem“ zu suchen. Mit anderen Worten: Der starke Staat muss her. Dieser hat aus Sicht des Finanzministers nichts Geringeres zur Aufgabe als einen „möglichst krisenfreien Wohlstand“. Weil sich aber auch ein deutscher Finanzminister darüber im Klaren ist, dass Kapitalismus nicht ohne Krise zu haben ist, fügt er nicht nur vorsichtshalber ein „möglichst“ ein, sondern benennt bereits äußerst vorausschauend die Schuldigen der Zukunft: „Die Marktteilnehmer müssen diesen [vom Staat gesetzten – P.L.] Rahmen kreativ ausfüllen – nicht getrieben von Gier und Kurzatmigkeit, sondern von Verantwortung für die Gesellschaft. Das ist unser, ist mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft.“ Verantwortung für die Gemeinschaft statt Gier, das ist die Essenz der urdeutschen Verabsolutierung des *citoyens*, die zugleich dessen Entmündigung vortreibt. Die unter der Ägide des Staates sich vollziehende Denunziation des egoistischen Interesses, das – sei’s ein proletarisches, sei’s ein bourgeoises – als grundsätzlich gemeinschaftsschädlich ausgemacht wird, ist das Einfallstor zur Unterdrückung des Individuums, das im Bedarfsfall Opfer für die Gemeinschaft

zu bringen hat und es ja nicht wagen soll, sich der kapitalen Zwangslage entsprechend zu verhalten. Was anhand der Spekulanten illustriert wird, ist zugleich als Exempel für zukünftige Kampagnen gegen andere asoziale Elemente zu verstehen. Dabei hat die Negativfolie „amerikanischer Kapitalismus“ die Funktion, all das als undeutsch abzuqualifizieren, was der allgemeinen Dystopie eines „krisenfreien Wohlstands“, und damit auch der Verewigung bedrückender Verhältnisse, entgegenstehen könnte. Kapitalismus ohne formale Freiheit und Gleichheit, bürgerlicher Staat ohne Klassenwidersprüche, Gesellschaft ohne Individuen – das ist der deutsche Traum, der nach 200 Jahren immer noch nicht ausgeträumt zu sein scheint.

**E**in Kollege von dem bereits zitierten Berthold Kohler, der berühmt-berüchtigte Frank Schirrmacher, prescht in diesem Sinne bereits voran. In der *FAZ* vom 4. Oktober verkündete er emphatisch das Ende der Demokratie: George W. Bush habe „Freiheit, Demokratie, Wohlstand mit null multipliziert, er hat, mit erborgten Idealen, die Ideale deklasiert“. Der scheidende Präsident habe „die Demokratien begrifflich versklavt, indem er ihr Verfassungs-Vokabular von der Freiheit bis zur Menschenwürde als Mittel seiner undurchschaubaren Herrschaftspraxis“ benutzt habe. Jeder dieser Begriffe bedeute, so Schirrmacher, John Berger zitierend, „exakt das Gegenteil, was es einst bedeutete“. Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Terrorismus seien Begriffe, die „der Menschheit gestohlen worden“ seien, folglich bedürfe es eines Neuanfanges: „Die europäischen Gesellschaften müssen wieder mühsam lernen, eins und eins zusammenzuzählen, um neu beginnen zu können.“ Welche Begriffe Schirrmacher bevorzugt, wo doch der der Demokratie angeblich so verheerend entwertet wurde, verrät er leider nicht. Dass der ersehnte Neubeginn nach der avisierten Apokalypse allerdings weniger mit Bushs Politik als vielmehr mit dem verkorksten Seelenhaushalt eines deutschen Leithammels zu tun hat, zeigt die wahnhafte Beschwörung des angeblichen Angriffs auf „das überlieferte europäische Menschenbild“, den Bush verbrochen habe. Man lasse sich die Pa-

ranioa auf der Zunge zergehen: „Was es aber hieß, endemisch als Zeitgenosse in den Denkkaparat dieser Präsidentschaft gezwungen zu werden, haben als erste die Bewohner der tiefsten Tiefen bemerkt, jene literarisch-geistigen Wesen, die mit ihren eigenen Leuchten die Nacht aufhellen. Zur gleichen Stunde, da George Bush die Welt mit den Worten Demokratie, Freiheit und Selbstverteidigung in seine Gedankengänge zog und gleichzeitig ein gedankenpolizeiliches Überwachungssystem im Inneren etablierte, das keine Bibliothek und kein Labor auslässt, prophezeit der Schriftsteller John Berger eine Umerziehung zur Angst, einen vegetativen Zustand, in dem der Körper schon weiß, was der Kopf noch nicht einmal ahnt: ‚Der Schmerz, in der gegenwärtigen Welt zu leben‘.“ Weil die Umerziehungslager der Amerikaner partout nicht ausfindig zu machen sind und auch die Gedankenpolizei weit und breit nicht zu sehen ist, weiß eben nur der Manische schon in seinem „Kopf“, was seine Mitbürger, die nicht in den „tiefsten Tiefen“ leben, noch nicht wissen können: Es gibt eine riesige Verschwörung, die alle Berei-

che des Lebens umfasst und die Welt an den Abgrund führt: „Die westlichen Gesellschaften haben mit allem gerechnet, aber nicht mit diesem Angriff aus dem Inneren. Er ist geradezu unglaublich umfassend, beginnend mit den rhetorischen Vorbereitungen zum Krieg gegen den Irak, über die Klimapolitik, den Angriff auf die Verfassung, die alle geistigen und wissenschaftlichen Bereiche erfassenden Überwachungssysteme bis zur Implosion des Finanzsystems.“ Ein Verschwörungstheoretiker wie er im Buche steht, doch leider sagt die Tatsache, dass wir es bei Schirmmacher offensichtlich mit einem Verrückten zu tun haben [3], rein gar nichts darüber aus, ob er mit seinem Programm – das nur das aussprechen könnte, was auch die Mehrheit denkt – politischen Erfolg hat.

## Und die Linke?

Die radikale Linke steht diesem neuerlichen, vorerst noch verbalen Angriff auf die westliche Demokratie und das bürgerliche Individuum, der sich in den Kommentaren zur Finanzkrise Bahn bricht, wortlos bis zustimmend gegenüber. Bestätigt fühlt man sich darin, dass der Kapitalismus in der Krise ist und folglich – das habe man doch schon immer gesagt – gar nicht ordentlich funktioniere. Den amerikanischen Kapitalisten würden nun endlich die Leviten gelesen – und dass es u.a. das deutsche Staatspersonal ist, das sich dieser Aufgabe annimmt, wird nicht als beunruhigend wahrgenommen, sondern als höchste Auszeichnung für die eigene Kapitalismuskritik. Franziska Drohsel etwa, Vorsitzende der Jusos, resümierte: „Die Finanzkrise bestätigt uns darin, dass unsere Kritik am Kapitalismus richtig war und ist. Man kann sagen: Dieses System fährt vor die Wand. Das sieht man jetzt sehr deutlich. Ich finde es sehr be-

zeichnend, dass man noch vor einigen Wochen als Sektierer oder Träumer bezeichnet wurde, wenn man über Verstaatlichung gesprochen hat – heute reden neolibérale Hardliner davon, Teile des Finanzsektors zu verstaatlichen. Diese Leute nehmen heute Attac-Positionen an. Insofern: Ja, für linke Positionen gibt es wieder großen Raum. Der Neoliberalismus ist am Ende.“ (FAZ, 10.10.08) Und tatsächlich hat die Linke diese Form des Antikapitalismus, die Kohler, Schirmmacher und Konsorten artikulieren, vorgedacht. Damit zeigt sich die radikale Linke abermals als diejenige gesellschaftliche Kraft, die avantgardistisch vorangeprescht ist und stets eine gute Nase dafür hat, welchen Weg Staat und Volk einschlagen werden. Als Motor des anti-amerikanischen Ressentiments war es stets die Mehrheit der Linken, die die Gesellschaft vor sich her in die Arme einer autoritären Gemeinschaft trieb. Radikale Kritiker dieses Aufrufes zur kollektiven Regression wie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer wurden als Zersetzer an den Prager gestellt.

Anstatt das Erbe der genannten Kritiker anzutreten, suhlt sich sogar der Teil der Linken, der sich ein gewisses Maß an Restvernunft bewahrt hat, im seichten Akademismus und geht allen entscheidenden Fragen aus dem Weg. Der Antiamerikanismus und der verbundene Antikapitalismus werden nicht ideologiekritisch denunziert, sondern es wird ihnen ein „ausgewogener“ und „differenzierter“ „Diskurs“ entgegengestellt und damit lediglich als konstruktive Kritik zugesellt. Gerade beim Thema Antiamerikanismus äußert sich das gestelzte und mit Fußnoten gespickte Theoretisieren in der vollständigen Aufgabe von Kritik. Stattdessen wird eine Idealisierung der USA betrieben, die sich schon der Form nach wie ein Testschreiben für spätere Ideologieproduktionen zum Thema „Deutschland – Land der Zukunft“ liest.

In dieser Weise etwa konstruiert Sebastian Voigt ein Amerikabild, das als Bild schon verlogen ist. Weil jemand Voigt gesteckt hat, dass er in seinen bisherigen Auslassungen zum Thema peinlicherweise die Ära der Sklaverei vergessen hat [4], mithin einen zentralen Teil amerika-



*Ihm steht der Ausnahmezustand ins Gesicht geschrieben: Frank Schirmmacher*

nischer und globaler Geschichte, der für die Herausbildung der kapitalistischen Totalität gar nicht stark genug betont werden kann, fügt er seinem Artikel *A more perfect union* [5] zu Beginn einen kleinen Abschnitt über eben jene Epoche ein, nur um dann sofort apologetisch zu schließen: Die Sklaverei sei zwar fraglos ein Teil der amerikanischen Geschichte, doch „vollkommen falsch“ sei es, „die tragische Geschichte der Native und der African Americans als paradigmatisch für die Vereinigten Staaten anzusehen“. Die Krokodilstränen, die hier unter dem Stichwort „tragisch“ vergossen werden, verdecken nur schlecht, dass überall da, wo es Apologien gibt, auch etwas zu Entschuldigendes vorhanden sein muss. Weil sich die keineswegs unparadigmatische Geschichte der massenhaften Vertreibung, Ermordung und Versklavung Hunderttausender nicht in Voigts Amerikabild einfügt, ist sie unwesentlich. Denn was wesentlich, paradigmatisch ist, muss mit der Realität gar nichts zu tun haben, sondern nur mit dem Willen des Konstrukteurs. Und für den gilt nur eines: das amerikanische Ideal, die Verfassung, der **dream**. In welchem Verhältnis Ideal und Realität zu einander stehen, darüber schweigt Voigt. Es reicht ihm, einen ewig währenden „Widerspruch“ zwischen beidem aufzuzeigen, dessen Substanz er sich aber nicht erklären kann. Anstatt Ideologiekritik als Kritik der politischen Ökonomie zu betreiben, vertieft sich Voigt in die Ausgestaltung seines Amerikabildes. Darüber wird er zum Politiker (der er als Mitglied des BAK Shalom freilich ohnehin ist), der sogleich zur Wahlwerbung übergeht: „Amerika wird eine sich permanent wandelnde, dynamische und tolerante Gesellschaft bleiben“, orakelt er und fährt fort: „Durch die Wahl Barack Obamas zum ersten afro-amerikanischen Präsidenten würde es weiter auf dem Weg zur Realisierung der bereits in der Verfassung verankerten Prinzipien voranschreiten und die Diskrepanz zwischen den Idealen und der gesellschaftlichen Realität erneut ein kleines Stück verringern.“ Klar, dass die Wahl McCains gänzlich unamerikanische, weil dem Ideal Sebastian Voigts widersprechende Folgen gezeitigt hätte. Er setzt, da ist er ganz deutscher Linker, auf eine „Toleranz in der amerikanischen Gesellschaft gegenüber

ihrer eigenen multikulturellen Verfasstheit“. Dass diese Toleranz nichts weiter als die Zementierung gesellschaftlicher Missstände bedeutet, ist schon allein daraus ersichtlich, dass Voigt so tut, als sei der Multikulturalismus überhaupt etwas erhaltenswertes. Hatte er zuvor noch darzustellen versucht, wie duftete die Amerikanisierung der Einwanderer, mithin ihre Entkulturalisierung, funktioniert, so landet er gegen Ende seines Textes keineswegs zufällig wieder bei der kulturellen Vielfalt: denn dass die Durchsetzung von Idealen etwas mit Gewalt und Herrschaft zu tun haben könnte, ist einem Moralhansel wie Voigt völlig unklar.

### Abwesenheit des kollektiven Kritikers

Es ist keineswegs ein Zufall, dass just zu einem Zeitpunkt, da die Deutschen anfangen, sich in die Krise und ihre barbarische Logik einzudenken, einem Zeitpunkt also, an dem die Reihen fest geschlossen sind und kein Widerspruch mehr geduldet wird, vom kollektiven Kritiker nichts zu sehen ist. Hier offenbart sich, dass all die Prognosen, die von antideutscher Seite in den letzten Jahren fast schon gebetsmühlenartig herunter gespult wurden, um vielleicht doch noch den einen oder anderen zu erschrecken, zutreffend waren. Der Unterschied zwischen der deutschen und der deutschlandkritischen Linken liegt einzig darin, dass letztere ein paar mehr Skrupel hat, Tacheles zu reden. Aber hinter jeder Zeile lugt bereits die Freude über das neue Zeitalter des Frank Schirrmacher hervor, das sich – so steht zu befürchten – in der Wahl Barack Obamas ebenso ankündigt wie im erneuten Aufstieg Russlands. Es wird, das kann man schon jetzt ahnen, nicht lange dauern, bis auch der Israelfirlefanzen „aufklärungskritisch“ und „antikapitalistisch“ wieder in die Kostümkiste verbannt wird. Denn die Bereitschaft zur radikalen Kritik – und

das heißt Ideologiekritik – ist schlicht und ergreifend nicht vorhanden. ■

#### Anmerkungen:

[1] Der angeführte „objektive Zwang“ soll hier nicht als Entschuldigung bestimmter kapitalistischer Charakterdispositionen dienen, sondern als Erklärung.

[2] Dass der Kongress es im ersten Anlauf ablehnte, beweist die Stärke des Liberalismus in den USA. Auch im Angesicht der Krise misstraut man dem Staat und lehnt jede Einmischung erst einmal kategorisch ab.

[3] Einige Wochen später ruderte Schirrmacher, als er sah, dass der von ihm prognostizierte „weltbürgerkriegsähnliche Zustand“ (*FAZ*, 11.10.08) vorerst doch nicht eintreten würde, zurück und besann sich auf einen „deutschen bürgerlichen Liberalismus“ (*FAZ*, 14.10.08) – das erste Adjektiv enthält die Drohung.

[4] Vgl. die Rezension seines Buches *Die Dialektik von Einheit und Differenz* von Jakob Schmidt – treffenderweise ausgerechnet in der *Phase 2*, Nr. 28/2008.

[5] Sebastian Voigt, *A more perfect union*, in: *Phase 2*, Nr. 29/2008.

